

Ehmann kämpft weiter für Gastrogutschein – VP-Stadtrat bleibt bei Njet **„Ermöglichen statt verbieten!“: SP fordert vergeblich „Runden Tisch“ gegen Skater:innen-Trickverbot**

„Auch Jugendliche und Skater:innen haben ein Recht, den öffentlichen Raum mitzubeneutzen!“ Als Reaktion auf das sogenannte „Trickverbot“ für Skater:innen auf öffentlichen Plätzen forderte SP-Jugendsprecherin **Anna Robosch** per Dringlichkeitsantrag einen „Runden Tisch“ ein. „Es muss doch machbar sein, in einem Dialog und im Miteinander eine Lösung zu finden: Zu ermöglichen statt zu verbieten – das sollte Ziel sein“, forderte Robosch ein. VP und FP stimmten aber gegen einen runden Tisch. Einen neuerlichen Anlauf in Sachen Gastro-Gutschein startete SP-Klubvorsitzender **Michael Ehmann**. Leider vergebens: Obwohl die Gastronomie unter den monatelangen Lockdowns leidet, mancher „Wirt ums Eck“ um seine wirtschaftliche Existenz fürchtet, bleibt die VP hart und lehnt den Gastro-Gutschein weiter stur ab.

War gestern für die Grazer Gastronomie noch ein Feiertag, durfte man doch nach einem monatelangen Lockdown endlich wieder für die Gäste aufsperrten, gab es heute im Grazer Gemeinderat einen herben Rückschlag: Den Grazer Gastrogutschein werde es nicht geben, legte sich VP-Finanzstadtrat Riegler fest. Und das, obwohl SP-Klubvorsitzender **Michael Ehmann** in der Fragestunde in seinem neuerlichen Anlauf für die Initiative „Unser Wirt ums Eck“ auf die extrem schwierige wirtschaftliche, zum Teil sogar existenzgefährdende Situation der Gastronomie hinwies.

Mit der von Ehmann vorgeschlagenen Aktion - nämlich Gastro-Gutscheine für jeden Grazer Haushalt in der Höhe von 50 Euro pro Mehrpersonenhaushalt und 30 Euro pro Einpersonenhaushalt, einzulösen in der Gastronomie im Wohn-Stadtbezirk – hätte man sogar eine Win-Win-Situation geschaffen: Der Gastrogutschein wäre sowohl der coronageplagten Gastronomie wie auch den von der Pandemie getroffenen Grazer:innen zugutegekommen, weswegen ja im Juli eine Gemeinderatsmehrheit – gegen die Stimmen von ÖVP und NEOS – sich für die Prüfung der Umsetzung ausgesprochen hatte. Doch leider nein: Während für schwarzblaue Seifenblasen – von Olympia bis Plabutschgondel – Millionen verpulvert werden, gibt es für den Gastrogutschein kein Geld! Sogar als „Frotzelei aller Betroffenen“ hatte Finanzstadtrat Riegler bereits im September des Vorjahres diese Aktion – die in anderen Städten mit großem Erfolg läuft, in Wien auch von der Wirtschaftskammer mitunterstützt wird – abgekanzelt.

Runder Tisch gegen Skater:innen-Trickverbot

Ein ebenso kontroversielles Thema nahm SP-Jugendsprecherin **Anna Robosch** mit ihrem Dringlichkeitsantrag in Angriff: Das mehr als umstrittene Trickverbot für Skater:innen auf öffentlichen Plätzen. Hintergrund: Nach langen Gesprächen auch mit AnrainerInnen war für das Skaten am Lendplatz ein für alle Beteiligten akzeptabler Kompromiss erzielt worden, der dort die Ausübung dieses tollen Sports - zeitlich begrenzt - ermöglichte. Ähnliches war jetzt - ebenfalls zeitlich begrenzt und außerhalb der Marktzeiten – für den Kaiser-Josef-Platz angestrebt worden. Doch plötzlich hieß es „nein“: Laut StVO wäre das Skaten mit den üblichen Tricks und Sprüngen auf Plätzen grundsätzlich verboten, was auch für den Lendplatz das „Aus“ bedeutet. Wobei besagte restriktive Rechtsauslegung beileibe nicht von allen geteilt wird, im Gegenteil: Denn in vielen anderen österreichischen Städten ist Skaten mitsamt Tricks sehr wohl auch im öffentlichen Raum erlaubt. Weswegen Robosch auch dieses „Nein“ in der „Verbotstadt Graz“ nicht so hinnehmen will: Sie forderte deshalb per Dringlichkeitsantrag einen „Runden Tisch“ ein, damit alle Beteiligten und Betroffenen – einschließlich Anrainer:innen und Skater:innen – gemeinsam eine Lösung finden. Robosch: „Denn auch Jugendliche und Skater:innen haben ein Recht, den öffentlichen Raum mitzubeneutzen! Sport und Freizeit dürfen keine Frage der Geldbörse sein, konsumfreie Räume und Aktivitäten müssen gefördert, nicht verboten werden!“

Eine Stadt für alle Grazer:innen bedeutet, den Dialog zu suchen und mit allen Beteiligten Lösungen zu finden.“ Doch einen „Runden Tisch“ wird es nicht geben - ÖVP und FPÖ lehnten die Dringlichkeit ab.

Kritik an Holding-Umgang mit Gemeinderats- und Bezirksratsinitiativen?

Ein ständiges Ärgernis machte SP-Gemeinderat **Ewald Muhr** in einer Anfrage zum Thema: Nämlich den „wenig ambitionierten“ Umgang der Holding Graz und ihrer Töchtergesellschaften mit Anfragen bzw. Initiativen des Gemeinderates und der Bezirksräte. „Da hat sich leider eingebürgert, dass oft monatelang, dann manchmal völlig am Thema vorbei oder sogar überhaupt nicht auf Anfragen oder Anträge von Gemeinderatsmitgliedern oder von Bezirksräten reagiert wird“, kritisierte Muhr. Ein in der Form inakzeptabler Umgang mit den von den Grazer:innen demokratisch gewählten VertreterInnen auf kommunaler Ebene bzw. auf Bezirksebene. Demgemäß forderte Muhr Bürgermeister Nagl auf, entsprechende Maßnahmen zu setzen, damit in Zukunft auf konkrete Anfragen oder Anträge seitens der Holding in akzeptablem Zeitraum auch entsprechend geantwortet werde. Und Muhr ging sogar noch einen Schritt weiter, sprach eine mögliche grundsätzliche Strukturreform im Haus Graz an: „Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Holding Graz und ihre Tochterunternehmen sich einer direkten Kontrolle durch den Gemeinderat mittlerweile mehr oder weniger entzogen haben, der Gemeinderat als das höchste Gremium der Stadt Graz nur noch die Rolle eines Bittstellers hat bzw. in die Rolle eines „Bittstellers“ geraten ist. Bei einem praktisch im Eigentum der Grazer:innen befindlichen kommunalen Unternehmen eine wenig befriedigende Situation!“

Mehr größere Gemeindewohnungen erforderlich!

Nicht einmal 6,7 Prozent aller insgesamt ohnehin nur 10.955 Gemeinde- und Übertragungswohnungen sind zwischen 71 und 90 Quadratmeter groß, gar nur 2 Prozent der Wohnungen lagen über 90 Quadratmeter: „Es gibt viel zu wenige Wohnungen mit drei oder mehr Zimmern – für Familien ist das mehr als problematisch!“, ist SP-Wohnungssprecherin **Susanne Bauer** überzeugt. Zwei Kleinkinder bzw. zwei Kinder im Volksschulalter könnten ja noch gemeinsam in einem 13 Quadratmeter-Zimmer untergebracht werden, aber: „Sobald die Kinder dann weitergehende Schulen besuchen, steigen die Erfordernisse und Anforderungen und sind mit jenen von vor 15, 20 oder 25 Jahren nicht vergleichbar. Da sind dann auch drei Zimmer nicht mehr ausreichend“, sprach Bauer in einer Anfrage die Notwendigkeit an, darauf auch im städtischen Wohnbauprogramm entsprechend zu reagieren.

Gefahrenpunkt Klusemannstraße

Ein häufiges Ärgernis und immer wieder Grund für Sorgen der Eltern: Die Verkehrssituation im Umfeld von Schulen. Denn Gefahrenquellen gibt es nach wie vor in einer Vielzahl und gerade der morgendliche Berufsverkehr sorgt regelmäßig für äußerst gefährliche Momente. Einen dieser Gefahrenpunkte brachte **Gerald Haßler** in einem Antrag zur Sprache: Die Klusemannstraße, verbindet die Kärntner Straße mit der Harter Straße, wird von vielen Fußgänger:innen genutzt, insbesondere aber von Schüler:innen, um von der Bushaltestelle in der Kärntner Straße in die MS/BG/BRG Klusemannstraße zu gelangen. „Dabei kommt es immer wieder zu Gefahrensituationen, weil der Großteil der Klusemannstraße über keinen sicheren Gehweg verfügt. Verschärft wird die Situation durch parkende Autos, die Fußgänger:innen dazu zwingen, auf die Fahrbahnmitte auszuweichen“, fordert Haßler für diesen Bereich dringend Verkehrssicherheitsmaßnahmen ein.

Weitere Initiativen der SPÖ Graz

- Für die künftige Nutzung der Tennenmälzerei – sie soll ja ein Kultur- und Begegnungszentrum im neuen Stadtviertel Reininghaus werden – fordert SP-Klubvorsitzender **Michael Ehmman** einen Ideenwettbewerb ein, zu dem auch Kunst- und Kulturschaffende eingeladen werden sollten.
- Eine Lösung für die Verkehrsproblematik rund um den Bezirkssportplatz Salfeldstraße forderte **Gerald Haßler** ein, da aufgrund fehlender Parkplätze in Spitzenzeiten bis zu 20 Autos und Motorräder die Salfeldstraße zum Teil verkehrsbehindernd bis -gefährdend verparken.
- Pädagog:innen, Eltern, Erziehungswissenschaftler:innen bestätigen reihum, dass Lockdown und Distance Learning bei vielen Kindern Spuren hinterlassen hat: Um pandemiebedingte Wissenslücken zu füllen, schlug **Susanne Bauer** in der Fragestunde vor, in der Nachmittagsbetreuung entsprechende Förderungsprogramme anzubieten.
- Wie reagiert die Stadt auf Bauträger, die durch vorangegangene Insolvenzen oder gar durch gefälschte Baugenehmigungen WohnungswerberInnen vor große Probleme stellen? Eine heikle Anfrage von **Ewald Muhr** an den Bürgermeister.

Ende der Aussendung